

Zukunftsstädte

An den federführenden Wohnungsbauausschuß hat der Landtag den CDU-Antrag „Städte der Zukunft für Nordrhein-Westfalen — Neue Anforderungen an die Siedlungs- und Stadtentwicklung“ (Drs. 11/5653) überwiesen. **Klaus-Dieter Völker** (CDU) begründete den Antrag mit der Notwendigkeit, daß das Land „eine Raumstruktur benötigt, die verkehrsvermindernd wirkt, eine besondere räumliche Zuordnung der verschiedenen Aktivitäten ermöglicht und Bedürfnisse wie Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Produktion miteinander verknüpft“. Das alles erfordere neue Akzente in den Bereichen Raumordnung, Wirtschaftsförderung, Landesentwicklung, Strukturpolitik und Wohnungsbau sowie Umweltschutz. „Aus dem Land im Umbruch muß ein Land des Aufschwungs werden“, schloß Völker. Eine Unterstützung und Bestätigung der SPD-Politik sah **Robert Schumacher** (SPD) in der CDU-Initiative. Skepsis empfand er bei der „Wunderkraft“ eines einheitlichen Landesentwicklungsplans: Er halte mehr von Gebietsentwicklungsplänen und kommunalen Planungen. Zudem habe seine Fraktion diesen einheitlichen Plan schon gefordert. **Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) fand es richtig, daß in einem Gesamtkonzept gewisse Funktionen räumlich zusammengebracht werden sollen. Er vermisse aber im Wohnungsbau die Forderung der Standardüberprüfung und zudem den Gedanken der Integration der einzelnen Regionen in Europa. Vieles sei an dem CDU-Antrag noch aufzuschlüsseln und zu konkretisieren. **Gisela Nacken** (GRÜNE) freute sich, daß das Motto ihrer Fraktion von einer „Stadt der kurzen Wege“ aufgegriffen worden sei. Daneben gebe es deutlich mehr Entwicklungen, die für immer stärkeren Freiflächenverbrauch und Individualverkehr sorgten; so sei es längst noch nicht soweit, daß die Trennung von Arbeiten und Wohnen aufgehoben sei. Man benötige weniger ein neues Leitbild als politische Prioritätensetzung. **Bauministerin Ilse Bruns** (SPD) sah Städte und Gemeinden in einer der schwierigsten Anpassungsphasen seit dem Wiederaufbau. Es sei gut, daß die CDU das Thema Stadtentwicklung neu entdeckte, zumal die Kommunen unter erheblichen Konsolidierungsdruck geraten seien. NRW habe dank seiner engagierten Städtebaupolitik in den 80er Jahren ein besseres städtebauliches Fundament als alle anderen Bundesländer, befand die Ministerin.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 884 23 03,
884 23 04 und 884 25 45, btx: *5 68 01 #

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Erika Rothstein (SPD)

Als Erika Rothstein 1976 in die SPD eintrat, war sie schon über 40. Doch politisiert war sie schon lange, schon ihre beiden Großväter waren im damals noch in Einzelgemeinden zersplitterten Solinger Stadträte für die SPD. Das Engagement für die Arbeitnehmer, Unterprivilegierten und die sogenannten „kleinen Leute“ zieht sich durch die Biographie der Solinger Bürgermeisterin und SPD-Landtagsabgeordneten. In die aktive Politik geriet sie jedoch eher durch „Zufall“.

Die SPD-Abgeordnete, 1935 in Haan geboren, ist ausgebildete Industriekauffrau. Bis zu ihrem Einzug in den Landtag vor drei Jahren hatte sie 33 Jahre lang in einem großen Solinger Stahlhandelsunternehmen gearbeitet. Schon bald engagierte sie sich in der DAG und im Betriebsrat, bis sie die Belegschaft zur Betriebsratsvorsitzenden wählte. Politischen Ehrgeiz hatte sie nie. Gewerkschaftsfreunde überredeten sie 1976, in die SPD einzutreten, Parteifreunde überredeten sie 1979, für den Stadtrat zu kandidieren, und Ratsfreunde überraschten sie schließlich damit, daß sie 1984 Bürgermeisterin werden und 1990 sogar für den Landtag kandidieren sollte. Doch war sie einmal überredet und gewählt, ging sie die jeweils neue Aufgabe mit Spaß und Einsatz an.

In ihrer politischen Arbeit fühlt sie sich oft als Sozialarbeiterin. Für die häufig überfüllten Sprechstunden mit den „ganz normalen Leuten“ nimmt sie sich viel Zeit. Da werde ihr immer wieder deutlich, daß „verdammte viele Leute Hilfe brauchen“. Und ohne lange bürokratische Wege versucht das „soziale Gewissen von Solingen“, wie sie Parteifreunde gerne nennen, direkt zu helfen. Wenn sich zum Beispiel ein Ausländer bei ihr über die schlechte Behandlung von Seiten der Stadt beschwert, dann staucht sie auch schon mal den betreffenden Mitarbeiter auf dem Ausländeramt zusammen. Seit 1984 ist Erika Rothstein im Ausländerbeirat von Solingen, zu ihren Freunden gehören Angehörige vieler Nationalitäten.

So ist es kaum verwunderlich, daß sie in ihrer ersten Rede im Landtag für ein Bleiberecht der Roma in Nordrhein-Westfalen plädierte. Durch die Kontakte, die sie als Abgeordnete schnell zu den Spitzenbeamten der Düsseldorfer Ministerien aufbaute, konnte sie das fehlende Geld für einen Vorschulunterricht für ausländische Kinder lockermachen, der ausgerechnet in der Zeit des mörderischen Brandanschlags in Solingen beinahe wegen fehlender 45 000 Mark nicht zustande gekommen wäre. Freimütig bekennt sie sich dazu, als Solinger Abgeordnete im Landtag auch für ihre Stadt Lobbyarbeit zu betreiben. Das schließt auch so manchen Konflikt ein: So klagte sie gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz, das ihrer Meinung nach Städte von der Größe Solingens benachteilige. Gleichzeitig stimmte sie im Landtag dafür; denn die Klage habe nur einen Teil des gesamten Gesetzes berührt. Im übrigen könne ohne Fraktions-

disziplin keine Politik durchgesetzt werden.

In Gewissensfragen läßt sich die Abgeordnete allerdings nicht in die Mehrheitsvorgaben einbinden. Die Grundgesetzänderung des Asylrechts beispielsweise hielt sie für völlig falsch; bei der entsprechenden Landtagssitzung blieb sie der Abstimmung fern. Als Parteilinke schreibt sie den Genossen gerne ins Stammbuch, daß die „Lebensleistung der SPD im Einsatz für die Benachteiligten, Unterdrückten, Entrechteten und Ausgepreßten“ liege. In den 80er Jahren engagierte sie sich in der Friedensbewegung; den Ostermarschierern stellte sie in Solingen eine Turnhalle für die Übernachtung zur Verfügung; atomare Bunkerplätze lehnte sie ab, sie könnten als „Kriegsvorbereitung“ mißverstanden werden.

In der Landtagsfraktion und in den Ausschüssen hält sich Erika Rothstein bisher zurück. Ein Fachgebiet, in dem sie sich als Expertin ausweisen könnte, hat sie noch nicht gefunden. Vielmehr sammelt sie Informationen, hört zu und läßt sich beraten. Ihr erwachsener Sohn Mathias zählt zu den engsten Beratern; er drängt unter anderem darauf, daß das „linke Gewissen“ seiner Mutter unter dem Anpassungsdruck der realen Politik keinen Schaden nimmt. Mit ihm ging sie in den letzten Jahren auch gerne auf exotische Urlaubsreisen. In ihrer knappen Freizeit zu Hause liest sie bevorzugt Horror-Romane.

Vom realen Streß mancher Plenar- und Fraktionssitzung hat sich Erika Rothstein bisher nicht abschrecken lassen. In ihren Augen verhindert das Doppelmandat als Bürgermeisterin und Abgeordnete, sich von den eigenen Wählern zu entfernen, ein Phänomen, daß sie bei manchen Kollegen beobachtet. Daß „die Erika nicht Gefahr läuft, Berufspolitikerin zu werden“ wird bei den Genossen in Solingen als positive Eigenschaft hervorgehoben. Insofern dürfte auch einer Kandidatur für 1995 nichts im Wege stehen. Richard Hofer

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)